

Vertragsentwurf
über die Übernahme und Verwertung von Altpapier (PPK) im
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald.

zwischen

der Abfallwirtschaft Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald,
Stadtstr. 2, 79104 Freiburg

(nachstehend Auftraggeber genannt)

und

der Firma

.....
.....

(nachstehend Auftragnehmer genannt)

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	3
§ 1 Vertragsgegenstand	3
§ 2 Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers.....	3
§ 3 Spezielle Pflichten des Auftragnehmers	5
§ 4 Pflichten des Auftraggebers	5
§ 5 Rechte des Auftraggebers.....	6
§ 6 Leistungsumfang	6
§ 7 Entgelte.....	7
§ 8 Zahlungsbedingungen	8
§ 9 Entgeltanpassung.....	8
§ 10 Vertragsdauer	10
§ 11 Haftung.....	10
§ 12 Sicherheiten.....	11
§ 13 Vertragsstrafe	12
§ 14 Beauftragung von Unterauftragnehmern.....	13
§ 15 Änderungskündigung	14
§ 15a Behinderung und Unterbrechung der Leistung	14
§ 16 Außerordentliche Kündigung.....	15
§ 17 Folgen der Vertragsbeendigung	16
§ 18 Vertragsausfertigung	16
§ 19 Schlussbestimmung	16

Vorbemerkung

Das Angebot des Unternehmens vom mit allen Anlagen und Ergänzungen, die Verdingungsunterlagen dieses Vergabeverfahrens und die VgV sind Bestandteile dieses Vertrages. Bei Widersprüchen gelten nacheinander dieser Vertrag, das Angebot des Unternehmens, die Leistungsbeschreibung und ihre Anlagen, die VgV und das BGB.

§ 1

Vertragsgegenstand

Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer gemäß § 22 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) als Dritten ab dem 01.07.2025 mit der Übernahme und Verwertung von Altpapier (PPK) sowie den weiteren im Vertrag aufgeführten Nebenleistungen. Altpapier (PPK) im Sinne dieses Vertrages ist Altpapier, einschließlich der eingeworfenen Störstoffe, welches durch die im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald vorhandenen Papiertonnen, an den Recyclinghöfen und den beiden Regionalen Abfallzentren sowie durch Vereinssammlungen gesammelt werden. Der Leistungsumfang ergibt sich aus der beigefügten Leistungsbeschreibung sowie dem Leistungsverzeichnis.

Für die Durchführung dieser Aufgaben sind die Bestimmungen dieses Vertrages (inkl. Anlagen), die damit zusammenhängenden Gesetze, Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Baden-Württemberg und die Abfallwirtschaftssatzung des Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald maßgebend. Anderslautende Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Bestandteil des Vertrages.

Die vom Auftragnehmer zu erbringende Leistung unterliegt, soweit es sich um Dienstleistungen handelt, dem Werkvertragsrecht und ist als solche erfolgsbezogen.

§ 2

Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers

1. Der Auftragnehmer erbringt seine Leistungen in eigener Verantwortung. Für die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Leistungserbringung ist der Auftragnehmer verpflichtet, die hierfür erforderlichen technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen sowie die einschlägigen technischen und gesetzlichen Vorschriften einzuhalten.

Dies gilt auch für die Stellung der erforderlichen Fahrzeuge und Geräte, des für die Leistungserbringung erforderlichen Personals und die erforderliche Infrastruktur.

Weiterhin ist der Auftragnehmer verpflichtet, für alle durchzuführenden Tätigkeiten sowie für die genutzten Einrichtungen rechtzeitig die erforderlichen Genehmigungen einzuholen und über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten. Die für die Leistungserbringung erforderliche Ausstattung muss sich stets in einem einwandfreien und verkehrssicheren Zustand befinden. Der Auftragnehmer hat für die Ordnung in der Betriebsführung sowie für die sachgerechte Ausführung der Leistung zu sorgen. Dem Auftragnehmer obliegt die Verkehrssicherungspflicht für alle im Zusammenhang mit der Leistungserbringung stehenden Tätigkeiten.

2. Die mit der Leistungserbringung beauftragte Niederlassung des Auftragnehmers muss spätestens mit Leistungsbeginn als Entsorgungsfachbetrieb nach Entsorgungsfachbetriebsverordnung (EfbV), in Bezug auf die zu erbringende Abfallentsorgungsmaßnahme zertifiziert sein oder über ein gleichwertiges Zertifikat verfügen. Dieses Zertifikat ist bis Vertragsende aufrechtzuerhalten und auf Wunsch dem Auftraggeber vorzulegen
3. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, vor Vertragsbeginn einen sachkundigen Beauftragten (und einen Vertreter) zu nennen, der dem Auftraggeber werktags in der Zeit von 07:30 Uhr – 16:00 Uhr als Ansprechperson für alle Fragen und Probleme, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung auftauchen können, zur Verfügung steht. Diese Ansprechperson (dessen Vertreter) muss über eine selbstständige Entscheidungsgewalt verfügen. Alle Äußerungen des Auftragnehmers müssen in deutscher Sprache abgefasst sein. Jegliche Verhandlungen zwischen dem Auftraggeber und dem Beauftragten (dessen Vertreter) sind in deutscher Sprache zu führen.
4. Ändern sich einschlägige abfallrechtliche bzw. andere gesetzliche Bestimmungen oder ergeben sich Änderungen in der abfallwirtschaftlichen Konzeption und sind deshalb Änderungen des Vertrages notwendig oder zweckmäßig, so ist der Auftragnehmer verpflichtet mit dem Auftraggeber die notwendigen Vertragsanpassungsverhandlungen zu führen und interessengerecht umzusetzen.
5. Glaubt sich der Auftragnehmer in der ordnungsgemäßen Durchführung der Leistungen behindert, so hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Auch hat der Auftragnehmer den Auftraggeber über alle Ereignisse zu informieren, die für die Entsorgungssicherheit von Bedeutung sind.

§ 3

Spezielle Pflichten des Auftragnehmers

Die vom Auftragnehmer durchzuführenden Leistungen haben entsprechend der Leistungsbeschreibung zu erfolgen. Hierbei sind folgende Regelungen einzuhalten

1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich das an den beiden Übergabestellen in Freiburg und Buggingen übernommene Altpapier (PPK) nach Maßgaben dieses Vertrages zu verwerten. Der vereinbarte Leistungsumfang beinhaltet auch die Entsorgung der im Altpapier gegebenenfalls enthaltenen Störstoffe durch den Auftragnehmer. Der Auftragnehmer erhält hierfür keine gesonderte Vergütung.
2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei der Übernahme des Altpapiers sich an die Vorgaben der Übergabestellen zu richten und die Benutzerordnung der Übergabestellen einzuhalten.
3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet das Altpapier kontinuierlich abzuholen und der Verwertung zuzuführen. Ist eine vom Auftragnehmer für die Aufbereitung oder Verwertung des Altpapiers vorgesehene Anlage vorübergehend nicht nutzbar, entbindet dies den Auftragnehmer nicht von seiner Verpflichtung zur entsprechenden vertragsgemäßen Übernahme und Verwertung (incl. Entsorgung der Störstoffe) des Altpapiers über eine andere dafür geeignete Anlage. Hieraus resultierende Mehrkosten für den Auftragnehmer bzw. für den Auftraggeber trägt der Auftragnehmer.
4. Der Auftragnehmer erstellt einen monatlichen Nachweis über Art, Menge und Verbleib des vom Auftraggeber übernommenen Altpapiers in Form einer Stoffstromstatistik.

§ 4

Pflichten des Auftraggebers

1. Der Auftraggeber verpflichtet sich zur Zahlung der Entgelte gemäß § 7.
2. Der Auftraggeber unterrichtet den Auftragnehmer rechtzeitig, wenn dem Auftraggeber Umstände bekannt werden, die für die Leistungserbringung von Bedeutung sein können.
3. Der Auftraggeber zeigt dem Auftragnehmer jede beschlossene Änderung der Abfallwirtschaftssatzung oder der abfallwirtschaftlichen Konzeption an, wenn dies für die Leistungen im Rahmen dieses Vertrages von Bedeutung ist.

§ 5

Rechte des Auftraggebers

1. Der Auftraggeber oder eine von ihm beauftragte Behörde haben das Recht, alle mit der Leistungserbringung betrauten Betriebstätten des Auftragnehmers sowie die Betriebstätten der zu diesem Vertrag beauftragten Dritten, nach vorheriger Anmeldung, zu betreten und die zur Leistungserbringung eingesetzten Anlagen und die hierfür eingeschlagenen Behandlungs-/ Verwertungswege zu überprüfen. Sollten beim Auftragnehmer oder einem seiner Kooperationspartner hierbei Mängel festgestellt werden, hat der Auftragnehmer oder sein Kooperationspartner diese unverzüglich zu beseitigen.
2. Erfüllt der Auftragnehmer die aus diesem Vertrag bestehenden Verpflichtungen zur Übernahme und zur Verwertung des Altpapiers (PPK) schuldhaft nicht, ist der Auftraggeber nach erfolgloser einmaliger Abmahnung in Textform gem. § 127 BGB i. V. mit § 126 b BGB und Einhaltung einer angemessenen Frist zur Ersatzvornahme auf Kosten des Auftragnehmers berechtigt. Dies gilt u. a. insbesondere dann, wenn die Abholungen der Abfälle nicht innerhalb der zeitlichen Vorgaben der Leistungsbeschreibung (Punkt 2.2.3) erfolgen. Die Rechte des Auftraggebers aus § 11 dieses Vertrages bleibt hiervon unberührt.
3. In Einzelfällen (Gefahr in Verzug) kann der Auftraggeber Anordnungen gegenüber den Bediensteten des Auftragnehmers treffen.
4. Wenn Mehrkosten, die dem Auftraggeber durch nicht vertrags- und ordnungsgemäße Leistungserbringung des Auftragnehmers entstehen, ist der Auftraggeber berechtigt, diese mit dem zu zahlenden Entgelt zu verrechnen.
5. Der Auftraggeber ist jederzeit berechtigt, seine Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag an einen Rechtsnachfolger zu übertragen.

§ 6

Leistungsumfang

Die vom Auftragnehmer durchzuführenden Leistungen richten sich nach dem beigefügten Leistungsverzeichnis (Kapitel 2 der Leistungsbeschreibung).

§ 7

Entgelte

1. Die Entgeltbemessungsgrundlagen für die Leistungen ergeben sich aus dem Angebot des Auftragnehmers. Hiernach zahlt der Auftraggeber dem Auftragnehmer aus diesem Vertrag folgendes Entgelt bzw. der Auftraggeber erhält vom Auftragnehmer folgende Vergütung:
 - a) Preis für das Handling EUR/Mg
 - b) Preis (Vergütung) für die Verwertung
= Ausgangswert (Basiswert) des Indexes: 58,1 (Januar 2025) EUR/Mg
2. Grundlage der Entgelt-/ Vergütungsberechnung für alle Leistungen ist die Ausgangsverwertung an den vom Auftraggeber vorgegebenen Übergabestellen (Kapitel 2.2.3 der Leistungsbeschreibung).
3. Mengenabweichungen gegenüber den Angaben in den Preisblättern in einem Korridor von +/- 25 % sind vom Auftragnehmer zu akzeptieren und berechtigen nicht zu Entgeltanpassungsverhandlungen.
4. Liegt die Mengenabweichung außerhalb des unter Punkt 3 genannten Korridors kann ein Vertragspartner gegen den jeweils anderen Vertragspartner auf eine Anpassung der Entgelte bestehen, wenn die Mengenveränderung nachweislich die Kostenstruktur des jeweiligen Vertragspartners wesentlich beeinflusst. Die Führung des Nachweises obliegt derjenigen Vertragspartei, die eine Entgeltanpassung begehrt.
5. In die Kosten für das Handling sind alle Kosten der Transport- und Verwertungslogistik sowie ggf. Kosten der Zwischenlagerung, Sortierung und der Entsorgung der Sortierreste bzw. der Störstoffe einzurechnen.
6. Die Abrechnung der Verwertung über die gesamte Vertragslaufzeit erfolgt auf der Grundlage eines Marktpreises. Dieser Marktpreis ermittelt sich nach dem Index der Großhandelsverkaufspreise für Altmetalle und Altpapier, Gemischtes Altpapier (2021=100) des Statistischen Bundesamtes (entsprechend § 9 Punkt 2).

Bei negativen Verwertungspreisen ist vom Auftragnehmer eine Vergütung (=Gutschrift) an den Auftraggeber zu zahlen. Bei positiven Verwertungspreisen ist vom Auftraggeber eine Zahlung an den Auftragnehmer zu leisten.

7. Die monatlich ermittelten Preise für das Handling verstehen sich zuzüglich der jeweils geltenden Umsatzsteuer.
8. Für die Verwertungserlöse an den Auftraggeber sind die Vorgaben aus Punkt 2.2.7 der Leistungsbeschreibung einzuhalten.
9. Die Abrechnungen von Entgelten Handling (Punkt 7) und Verwertungserlöse (Punkt 8) haben getrennt zu erfolgen.

§ 8

Zahlungsbedingungen

1. Der Auftragnehmer stellt monatlich, spätestens bis zum 15. des Folgemonats, eine detaillierte Abrechnung für die jeweils tatsächlich erbrachten Leistungen.
2. Die Zahlungen sind vom Auftraggeber innerhalb von 21 Tagen nach Erhalt der prüffähigen Rechnung und der Wiegebelege zu begleichen.
3. Gutschriften für anfallende Vergütungen sind gesondert auszustellen und bis zum 15. des Folgemonats an den Auftraggeber zu überweisen.
4. Einwände gegen die Richtigkeit der Rechnung berechtigen nicht zum Zahlungsaufschub oder zur Zahlungsverweigerung der unstrittigen Beträge.
5. Streitigkeiten über das zu zahlende Entgelt berechtigt nicht zur Einstellung der vertraglich zu erbringenden Leistung

§ 9

Entgeltanpassung

1. Auf Grund der kurzen Vertragslaufzeit von 18 Monaten ist eine Entgeltanpassung für die unter § 7 Punkt 1 a) vereinbarten Handlingkosten nicht vorgesehen.
2. Der Preis (Vergütung) für die Verwertung des Altpapiers unterliegt einer monatlichen Preisanpassung, erstmalig für den 1. Monat der Vertragslaufzeit.

Die Berechnung der Preisanpassung erfolgt auf der Grundlage folgender Formel:

$$P = P_0 \times AP / AP_0$$

Es bedeuten:

- P Preis (Vergütung) zum Anpassungszeitpunkt (zum jeweiligen Abrechnungsmonat)
- P_0 Vereinbarter Preis (Vergütung) = Basispreis
- AP Der vom Statistischen Bundesamt in der GENISIS-Online Datenbank (derzeit) als Tabelle 61281-0006 veröffentlichte Index der Großhandelsverkaufspreise für Altmetalle und Altpapier, Gemischtes Altpapier (2021=100) zum Monat vor dem Abrechnungsmonat (z.B. Abrechnungsmonat August 2025, Verwendung des Indexes vom Juli 2025)
- AP_0 Der vom Statistischen Bundesamt in der GENISIS-Online Datenbank (derzeit) als Tabelle 61281-0006 veröffentlichte Index der Großhandelsverkaufspreise für Altmetalle und Altpapier, Gemischtes Altpapier (2021=100) auf Basis Januar 2025 =58,1.

Im Falle einer Anpassung der Indizes an ein neues Basisjahr durch das Statistische Bundesamt während der Vertragslaufzeit sind diese für die Berechnung der Entgelte anzuwenden.

Die monatliche Anpassung der Preise (Vergütung) für die Verwertung des Altpapiers muss den dem Auftraggeber vorzulegenden prüffähigen Rechnungen insbesondere durch Vorlage der Preis- bzw. Indexstände dokumentiert werden.

Bei der Ermittlung der neuen Preise (Vergütungen) anhand der o. g. Formel gelten die kaufmännischen Rundungsregeln. Die neuen Preise sind centgenau zu ermitteln und zur Berechnung der Verwertungserlöse zu verwenden.

3. Sollten nach Vertragsabschluss Gesetze, Verordnungen oder ähnliche bindende Regelwerke eingeführt, abgeschafft oder geändert werden, welche die Leistungen dieses Vertrages zum Gegenstand haben, so ändert sich das in § 7 festgelegte Entgelt auf Anforderung eines Vertragspartners ab dem Wirksamwerden einer der vorbezeichneten Maßnahmen in dem Umfang, wie sich diese Maßnahmen auf Leistungen des Auftraggebers nach diesem Vertrag auswirken. Ausgenommen hiervon sind Steuern von Einkommen und Ertrag, wie z. B. Körperschaftssteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbeertragssteuer, sowie CO₂-Steuer auf Kraftstoffe gemäß BEHG und Straßenmaut nach BFStrMG.

4. Die Urkalkulation des Auftragnehmers wird Anlage zu diesem Vertrag. Sie bildet die Kalkulationsbasis bei künftigen Leistungsänderungen, um das bei Vertragsabschluss vereinbarte Verhältnis von Leistung und Gegenleistung wiederherzustellen.
5. Bei einer Entgeltanpassung gemäß den Absätzen 3 und 4 sind die Vorschriften über Preise bei öffentlichen Aufträgen zu beachten.

§ 10

Vertragsdauer

1. Der Vertrag wird mit Zuschlagserteilung wirksam und endet mit Ablauf des 31.12.2026 (Vertragsende).
2. Der Leitungszeitraum beginnt am 01.07.2025 und endet bei Vertragsende.

§ 11

Haftung

1. Der Auftragnehmer haftet im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden, die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages stehen und stellt den Auftraggeber von Ansprüchen Dritter frei. Er verpflichtet sich, die zur Abdeckung seiner vertraglichen und gesetzlichen Haftung erforderliche/-n Versicherung/-en für Personen-, Vermögens- und Sachschäden abzuschließen und über die gesamte Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten. Der Auftragnehmer hat den Fortbestand der Versicherung auf Verlangen des Auftraggebers nachzuweisen.
2. Der Auftraggeber ist über Schäden, die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages stehen, unverzüglich in Kenntnis zu setzen.
3. Die Deckungssumme der Betriebshaftpflichtversicherung muss gegen Personen- und Sachschaden mindestens 3,0 Mio. EUR je Versicherungsfall betragen und für mindestens zwei Schadensfälle pro Jahr Gültigkeit haben. Diese Deckungssumme wird der Auftragnehmer auch von eventuell eingeschalteten Unterauftragnehmer/ Erfüllungsgehilfen verlangen. Der Abschluss der Betriebshaftpflichtversicherung durch den Unterauftragnehmer/ Erfüllungsgehilfe schränkt die Haftung des Auftragnehmers nicht ein.
4. Der Auftragnehmer haftet nicht für höhere Gewalt.

§ 12

Sicherheiten

1. Für die im Folgenden vereinbarten Sicherheiten gelten die §§ 232 bis 240 BGB entsprechend, soweit sich aus den nachstehenden Bestimmungen nichts anderes ergibt. Die Sicherheiten dienen dazu, die vertragsgemäße Ausführung der Leistungen und die Gewährleistung, einschließlich eventueller Schadensersatzansprüche bei Rücktritt, Nichterfüllung oder Beendigung des Vertrages sicherzustellen.
2. Als Sicherheit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen aus dem Vertrag hat der Auftragnehmer eine unbefristete selbstschuldnerische Bürgschaft (Bankbürgschaft) in Höhe von 100.000 EUR innerhalb von 14 Tagen nach Inkrafttreten des Vertrages (= Zuschlagserteilung) vorzulegen.
3. Die Bürgschaft (Bankbürgschaft) ist von einem in der Europäischen Union zugelassenen Kreditinstitut oder Kreditversicherer mit der ausdrücklichen Bestimmung, dass die Bürgschaft deutschem Recht unterliegt, zu stellen.
4. Die Bürgschaftsurkunde enthält folgende Erklärungen des Bürgen:
 - „Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
 - Auf die Einreden, u. a. der Anfechtbarkeit und der Aufrechenbarkeit sowie der Vorausklage gemäß §§ 770 f. BGB wird verzichtet. Der Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit gilt nicht für unbestrittene oder rechtskräftig festgestellte Gegenforderungen des Hauptschuldners.
 - Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde bzw. mit Erlöschen der Hauptforderung (§ 767 Abs. 1 BGB).
 - Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung. Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.“

Die Bürgschaft muss die ausdrückliche Vereinbarung des Gerichtsstandes gemäß § 19 Abs. 3 für alle Streitigkeiten über die Gültigkeit der Bürgschaftsvereinbarung enthalten.

5. Nimmt der Auftraggeber die Bürgschaft während der Dauer des Vertragsverhältnisses berechtigterweise in Anspruch, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Bürgschaft auf Verlangen des Auftraggebers wieder in voller Höhe vorzulegen.
6. Die Urkunde über die Bürgschaft wird nach Beendigung des Vertrages zurückgegeben, wenn der Auftragnehmer die Leistungen vertragsgemäß erfüllt und etwaig erhobene berechnete Ansprüche auf Schadenersatz befriedigt hat.

§ 13

Vertragsstrafe

7. Die Vertragsstrafe hat den Zweck, die Erfüllung der Pflichten aus diesem Vertrag sicher zu stellen. Die Vertragsstrafen sind nicht verwirkt, wenn der Auftragnehmer eine Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat; die Beweispflicht liegt beim Auftragnehmer. Das Recht des Auftraggebers, Schadensersatz zu fordern oder den Vertrag zu kündigen, wird dadurch nicht ausgeschlossen.
8. Erfüllt der Auftragnehmer die Pflichten aus dem Vertrag nicht ordnungsgemäß oder erfüllt er sie nicht, so hat der Auftraggeber nach einmaliger Abmahnung neben der Erfüllung Anspruch auf eine Vertragsstrafe in Höhe von 500,- € je Einzelfall, unter Ausschluss des Fortsetzungszusammenhanges bzw. von 300,- € je Tag. Vertragsstrafen sind im Falle der nicht ordnungsgemäßen oder der Nichterfüllung insbesondere folgender Nebenpflichten zu entrichten:

500 EUR je Vorgang bei:

- Verletzung der Pflicht zur vertragsgemäßen Übernahme des Altpapiers bei den Übergabestellen
- Verletzung der Pflicht zur vertragsgemäßen Verwiegung der Abfälle
- Verletzung der Pflicht zur vertragsgemäßen Abholung der Abfälle
- Verletzung der Pflicht zur vertragsgemäßen Dokumentation des Verbleibs der übernommenen Abfälle
- Verletzung der Pflicht zur Duldung der Aufsicht und Kontrolle
- Verletzung der Pflicht zur Zahlung des gesetzlichen Mindestlohnes

300 EUR je Tag bei:

- Verletzung der Pflicht zur Schaffung, zum Nachweis sowie zur Aufrechterhaltung eines ausreichenden Versicherungsschutzes und der damit verbundenen Mitteilungspflicht
 - Verletzung der Pflicht zur fristgemäßen Benennung einer bevollmächtigten Person
 - Verletzung der Pflicht zur vertragsgemäßen Verwertung des Altpapiers
 - Verletzung der Pflicht zur vertragsgemäßen Entsorgung der anfallenden Störstoffe
 - Beauftragung von Unterauftragnehmern ohne Genehmigung des Auftraggebers oder trotz Untersagung
9. Die Geltendmachung der Vertragsstrafe hat in Textform nach § 127 BGB i. V. m. § 126b BGB und unter Begründung der Höhe der Vertragsstrafe zu erfolgen. Der Höchstbetrag aller Vertragsstrafen wird auf 5% der Nettogesamtauftragssumme festgelegt.
10. Weitergehende Schadensersatzansprüche bleiben durch das Vertragsstrafenverfahren unberührt.

§ 14

Beauftragung von Unterauftragnehmer

1. Der Auftragnehmer hat die Leistungen grundsätzlich selbst zu erbringen. Der Auftragnehmer darf nur mit ausdrücklicher schriftlicher vorheriger Zustimmung des Auftraggebers einen Unterauftragnehmer beauftragen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei unwesentlichen Teilleistungen oder solchen Teilleistungen, auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingerichtet ist. In solchen Fällen ist jedoch der Auftraggeber schriftlich zu informieren. Der Verstoß des Auftragnehmers gegen seine Eigenleistungsverpflichtung ist eine Verletzung einer vertraglichen Verpflichtung im Sinne des § 280 BGB.
2. Sofern der Auftragnehmer, unter Berücksichtigung von Abs.1, beabsichtigt, Unterauftragnehmer zu beauftragen, hat er dies spätestens sechs Wochen vor Beginn der Leistungserbringung schriftlich beim Auftraggeber zu beantragen. Diesem Antrag sind geeignete Nachweise zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Unterauftragnehmers beizufügen. Auch ist geeignet nachzuweisen, dass kein Ausschlussgrund nach §§ 123 f. GWB vorliegt. Der Auftraggeber kann einen Unterauftragnehmer bei mangelnder technischer und beruflicher Leistungsfähigkeit innerhalb von zehn Werktagen nach Eingang des Antrags ablehnen.

3. Eine Änderung der Unterbeauftragung ist nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers möglich. Die Zustimmung darf von Seiten des Auftraggebers nur aus wichtigem Grund verweigert werden. Ein wichtiger Grund ist insbesondere eine nicht ausreichende technische Leistungsfähigkeit, Fachkunde oder wenn ein Ausschlussgrund nach §§ 123, 124 GWB vorliegt.
4. Für Schäden Dritter, welche die Unterbeauftragung im Zuge ihrer Leistungserbringung verursachen, haftet der Auftragnehmer.

§ 15

Änderungskündigung

1. Ändern sich einschlägige abfallrechtliche Bestimmungen oder das Abfallwirtschaftskonzept oder die Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald und ist deshalb eine Änderung bzw. Anpassung des Leistungsumfanges erforderlich, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, die erforderlichen Vertragsanpassungsverhandlungen mit dem Auftraggeber zu führen. Der Auftragnehmer wird vom Auftraggeber frühzeitig von derartigen Änderungen informiert.
2. Kommt nach diesen Verhandlungen eine Einigung innerhalb von drei Monaten nicht zustande, so hat der Auftraggeber das Recht, den Vertrag - unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten – zu kündigen.

§ 15 a

Behinderung und Unterbrechung der Leistung

1. Soweit und solange ein Vertragspartner durch Umstände oder Ereignisse, deren Verhinderung nicht in seiner Einflussphäre liegt, wie z. B. Krieg, Natur- oder Brandkatastrophen sowie Streik und rechtlich zulässige Aussperrungen etc. an der Vertragserfüllung gehindert ist, ruhen seine Verpflichtungen. Ausgenommen hiervon sind Schutz-, Sorgfalts-, Mitteilungs-, Aufklärungs-, Sicherungs- und Verschwiegenheitspflichten der Vertragspartner.
2. Die Vertragspartner werden sich bemühen, etwaige Störungen oder Unterbrechungen unverzüglich zu beheben. Die Vertragspartner haben einander über Fälle höherer Gewalt unverzüglich schriftlich zu unterrichten.

§ 16

Außerordentliche Kündigung

1. Der Auftraggeber ist zur außerordentlichen fristlosen Kündigung berechtigt, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Als wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn:
 - a. Der Auftragnehmer die Aufnahme der Leistungen um mehr als fünf Werktage überschreitet.
 - b. Trotz einer vom Auftraggeber gesetzten Frist, der Auftragnehmer die Leistungen ganz oder teilweise einstellt.
 - c. Der Auftragnehmer wesentliche vertragliche Verpflichtungen nicht oder nur ungenügend erfüllt und diese Mängel nicht innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist beseitigt wurden.
 - d. der Auftragnehmer den Insolvenzantrag stellt, über das Vermögen des Auftragnehmers ein Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird,
 - e. eine schuldhafte Nichterfüllung der Verpflichtungen aus einer Verpflichtungserklärung nach §§ 3 und 4 LTMG durch den Auftragnehmer, seinem Nachunternehmer oder Verleihunternehmen von Arbeitskräften vorliegt.
2. Hat der Auftraggeber vom Eintritt des zur Kündigung berechtigten Ereignisses Kenntnis erhalten, so muss die Kündigung innerhalb von drei Monaten schriftlich durch eingeschriebenen Brief erklärt werden. Zur Einhaltung der Frist ist der Zugang beim Empfänger maßgebend.
3. Wird der Vertrag aus Gründen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, außerordentlich gekündigt, sind jegliche Ansprüche des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber ausgeschlossen. Auch hat der Auftragnehmer in diesem Falle nachgewiesene Mehrkosten, die dem Auftraggeber entstehen, zu tragen. Hierzu gehören auch die Kosten, die durch eine Neuausschreibung der Leistungen entstehen.
4. Sonstige gesetzliche und vertragliche Ansprüche der Vertragsparteien bleiben unberührt.

§ 17

Folgen der Vertragsbeendigung

Bei Beendigung des Vertrages –unabhängig des Grundes– hat der Auftragnehmer im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür Sorge zu tragen, dass die Übernahme der Leistungen durch den Auftraggeber oder einem anderen Auftragnehmer in möglichst reibungsloser Form ermöglicht wird. Erfüllt er dies nicht, so kann der Auftraggeber die nicht erbrachten Leistungen zu Lasten des Auftragnehmers durch einen Dritten ausführen lassen, wobei bereits erbrachte Leistungen nach den vereinbarten Vergütungen abgerechnet werden.

§ 18

Vertragsausfertigung

1. Dieser Vertrag ist in zwei gleichlautenden Exemplaren ausgefertigt und von beiden Parteien zu unterzeichnen.
2. Die Vertragssprache ist deutsch.

§ 19

Schlussbestimmungen

1. Sollten Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, anstelle der unwirksamen und undurchführbaren Bestimmung eine Regelung zu vereinbaren, die dem gewollten Zweck der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung soweit als möglich entspricht. Das gleiche gilt für Regelungslücken.
2. Änderungen, Ergänzungen sowie die Aufhebung dieses Vertrages bedürfen der Schriftform, dies gilt auch für die Abbedingung der Änderung dieser Schriftformklausel.
3. Gerichtsstand und Erfüllungsort ist Freiburg im Breisgau.

Freiburg, den

....., den

Abfallwirtschaft
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

.....
(Auftragnehmer)

.....
(Dr. Barth, Betriebsleiter)

.....
(Unterschrift)